

## Bauen auf Industriebrache ist umstritten

Die UWG im Rat warnt vor Risiken einer Wohnbebauung auf dem Hüttengelände

Von Dirk von Werder



Eine Idylle, die trügen könnte: Das Hüttengelände zwischen Siemensstraße und Landwehr ist in Teilen belastet. Foto: Lunitz

**Neustadt.** Die Ratsfraktion der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG) hat „erhebliche Bedenken“ gegen die städtebauliche Rahmenplanung für das Hüttengelände/Siemensstraße. Damit stehen die UWG-Politiker allerdings weitgehend allein. Im Rat zeichnet sich eine Mehrheit für die weitere Bebauungsplanung, die die Stadtverwaltung empfohlen hat, ab.

„Wir werden den Beschluss für das städtebauliche Entwicklungskonzept so nicht mittragen“, sagt Fraktionssprecher Willi Ostermann. Nach den ersten Beratungen im Ortsrat sowie im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung sei deutlich geworden, dass für die Schaffung des neuen Baugebietes ein aktualisiertes Verkehrsentwicklungskonzept für die Innenstadt unbedingt notwendig ist.

Noch viel mehr Kopfschmerzen bereitet den UWG-Politikern die Sanierung im Planbereich des Hüttengeländes. „Wir Politiker befassen uns jetzt nach 15 Jahren erneut mit einem Problemgelände, das jetzt offenbar zum Naturpark aufgehübscht werden soll“, sagt Fraktionsmitglied Peter Hake. „Das Hüttengelände ist in Teilbereichen so schwer verseucht, dass jahrelang nicht gebaut werden durfte. Selbst mutige Investoren haben deshalb vor Jahren die Finger davon gelassen.“

### **Risiko ist sehr groß**

Die UWG hat Erkenntnisse gewonnen, wonach die Flächen fast ausnahmslos mit Schwermetallen wie Zink, Arsen, Blei, Kupfer, Nickel, Quecksilber und anderen Schadstoffen durchsetzt sind. „Pläne zu einer Nachnutzung sind nach unserer Einschätzung auch heute noch mit großem Risiko behaftet“, warnt Ostermann. „Der Umweltschutz ist nach unserer Bewertung nicht ausreichend berücksichtigt, und wir glauben, dass die künftigen Grundstückseigentümer auf den Kosten und unter Umständen auf dem Giftmüll sitzen bleiben. Die Projektentwickler verharmlosen die Bodenverseuchung und

betreiben eine Akzeptanzbeschaffung, um letztlich zu erreichen, dass Politik im Schnelldurchlauf dem Konzept zustimmt.“

Nach dem damaligen ernüchternden Gutachten der Region gibt es nun ein neues Gutachten mit neuen Zahlen und neuen Grenzwerten, die die tatsächliche Situation unter der Grasnarbe aber nicht verändert haben dürften. Die Sanierungskosten für den Quadratmeter wurden 2009 mit 130 Euro beziffert. In der Summe war das damals schon ein zweistelliger Millionenbetrag.

Die Abfälle aus der damaligen Hüttenproduktion haben Geschichte: Ältere Neustädter, so heißt es in der Stellungnahme der UWG, erinnern sich noch an den Gestank aus den Abwassergräben, die von der Landwehr Richtung Leine führten. Von Umweltschutz sei damals noch keine Rede gewesen. Aber: „Es gibt solche Orte auch anderswo in Deutschland. Da wurden Wohnhäuser gebaut, die später wieder abgerissen werden mussten, weil Bewohner krank wurden.“ Besonders bedenklich für die UWG bleiben Schwermetalle. Diese Substanzen können krebserregend sein. „Wenn das Gelände nicht sauber saniert wird, bekommen die Planer unsere Stimme nicht. Wir warten deshalb gespannt auf die Aufstellung der Bebauungspläne und auf das damit verbundene Bodensanierungskonzept“, sagt Ostermann.

Die Stadtverwaltung sieht sich auf der sicheren Seite. Behördensprecher Benjamin Gleue sagt, „in enger Absprache mit Bodenschutz und Naturschutz“ sei geregelt, was auf welchem Abschnitt des Plangebietes notwendig sei, um gefahrlos bauen zu können. Die Rahmenplanung für das Baugebiet soll am Donnerstag, 7. Dezember, 18 Uhr, in der öffentlichen Sitzung des Rates beschlossen werden. Parallel dazu sollen erste Bebauungspläne für wenig kontaminierte Flächen schon im Vorfeld in den Gremien beraten werden.